



Werkeltäglicher Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. — Inserationsgebühren für den Raum einer spaltenweisen Zeile in Reichsdruck 2 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 540. Mittag-Ausgabe.

Vierundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Dinstag, den 18. November 1873.

## Deutschland. O. C. Landtags-Verhandlungen.

### 4. Sitzung des Abgeordnetenhauses (vom 17. November).

11 Uhr. Am Ministerial-Campagna und Geh. Rath Hoffmann. Präsident v. Bennigsen theilt zunächst das Resultat der Schriftführerwahl mit: Es sind gewählt die Abg. Delius, Sachse, Kaporte, Dr. Lieber, Bernards, v. d. Goltz, v. Sauten-Julienfeld und Dr. Lutteroth. — Von der Constatirung des Hauses ist dem Kaiser und Könige, sowie dem Herrnhäuser Mittheilung gemacht. Vom Finanzminister ist eingegangen ein Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung einiger Bestimmungen des Gesetzes vom 11. Februar 1870, betreffend die Ausführung der anderweitigen Regelung der Grundsteuer in den Provinzen Schleswig-Holstein, Hannover, Hessen-Nassau und dem Kreise Meissen; ferner ein Gesetzentwurf wegen Erhebung der in § 15 des Gesetzes, betreffend die Einführung der Klassen- und Klassensteuer Einkommensteuer vorgeschriebenen Gebühren; sodann ein Gesetzentwurf wegen Abänderung der Besteuerung einiger Gewerbe, insbesondere der Bäder, Fleischer, Kleinbändler, Versicherungs-Gesellschaften und des Gewerbebetriebes im Umherziehen; vom Minister des Innern ein Gesetzentwurf, betreffend die Ausführung des Vorbehalts in § 81 der Kreisordnung vom 13. December 1872 bezüglich der Grafschaft Stolberg-Wernigerode. Ferner sind folgende Entwürfe eingegangen: Vom Abg. Windthorst (Meppen) ein Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung der Art. 70, 71, 72 und 115 der Verfassungsurkunde (betreffend das Wahlgesetz für den preussischen Landtag) (Hört! Hört!), vom Abg. Bernards ein Antrag auf Aufhebung der Kalender- und Zeitungsstempelsteuer. — Vom königlichen Staatsministerium ist ein Schreiben eingegangen, welches von den Veränderungen innerhalb des Staatsministeriums Mittheilung macht. — Ein Schreiben des Abg. Drosien, betreffend die Frage, ob sein Mandat durch seine am 29. October erfolgte Ernennung zum Kreisgerichts-Director alterirt sei, wird der Geschäftsordnungs-Commission überwiegen.

Unter der gespanntesten Aufmerksamkeit des Hauses verlangt darauf der Finanzminister Campagna das Wort: Meine Herren, indem ich den Versuch mache Ihnen ein Bild unserer Finanzlage zu geben, um die Anträge zu begründen, die wir in Betreff der Ausgaben und Einnahmen des kommenden Jahres Ihnen zu machen gedenken, beginne ich damit, Ihnen die Resultate des Jahres 1872 näher darzulegen und Ihnen auf Grund einer allerhöchsten Ermächtigung die Uebersicht der Staatseinnahmen und Ausgaben des Jahres 1872 nebst ihren Anlagen und der dazu gehörigen Denkschrift zu übergeben. Das Jahr 1872 steht in der Finanzgeschichte Preussens unerreicht da. (Beifall.) Es hat niemals vorher eine ähnliche Erscheinung gegeben und es wird sich schwerlich jemals wieder eine ähnliche Erscheinung wiederholen. Für 1872 waren die Einnahmen veranschlagt auf 187,058,940 Thlr., in Wirklichkeit haben sie betragen 221,844,666 Thlr.; also mehr es handelt sich hier um die Brutto-Einnahme) 34,785,726 Thlr. Gleichzeitig haben sich die Betriebskosten gesteigert um 10,913,625 Thlr., so daß eine Netto-Mehreinnahme von 23,872,101 Thlr. verbleibt. Zu diesem Resultate haben mit Ausnahme einer einzigen Verwaltung, bei der eine kleine Mindereinnahme hervorgetreten ist, alle Verwaltungen beigetragen. Die Mehreinnahmen belaufen sich bei der Domainenverwaltung auf 118,456 Thlr., bei der Forstverwaltung auf 1,417,325 Thlr., bei den Einnahmen aus Abfälligen und Verfallenen auf 454,560 Thlr., bei den directen Steuern auf 1,555,741 Thlr., bei den indirecten (hier handelt es sich vorzugsweise um die Stempelsteuer) auf 7,736,158 Thlr. Es folgen nun noch eine ganze Reihe kleinerer Posten, mit deren Aufzählung ich Sie nicht aufhalten will, da Ihnen heute noch ein gedrucktes Exemplar dieser Uebersicht, sowie des Haupttheils für 1874 mit den sämtlichen Anlagen zugehen wird. (Beifall.)

Ich beschränke mich nun noch auf Einzelheiten. Von besonderem Interesse wird es sein, daß bei der Allgemeinen Kassenverwaltung eine Mehreinnahme von 1,141,000 Thlr. erzielt worden ist, die wesentlich darauf beruht, daß durch die zinsbare Benutzung disponibler Staatsgelder die Summe von 731,205 Thlr. verdient worden ist. Bei der Eisenbahnverwaltung hat sich eine Mehreinnahme von 2,209,000 Thlr. bei der Bergwerksverwaltung eine solche von 6,317,218 Thlr. ergeben. M. S., neben diesen ansehnlichen Mehreinnahmen weist das Jahr 1872 aber auch noch ganz erhebliche Ausgabe-Erparnisse auf. Diese Erparnisse haben zum Theil stattgefunden bei der Staatsschuldenverwaltung, indem Anleihen, für welche Credite und Zinsen vorgesehen waren, nicht realisiert worden sind. Ferner finden Sie die Erklärung derselben darin, daß unter den Ausgaben der Betriebsverwaltungen die Befolgebesserungen noch nicht zur Verteilung gelangt, sondern auf dem Etat der allgemeinen Finanzverwaltung mit 4,499,000 Thlr. geführt worden sind und dort, als erspart haben angelegt werden können. Es stellt sich also nach allem heraus, daß das Jahr 1872 einen disponiblen Ueberschuß von 27,720,057 Thlr. ergibt. (Beifall.) Ueber einen Theil dieses disponiblen Ueberschusses haben wir bereits durch Gesetz verfügt: Sie haben Ihre Zustimmung dazu erteilt, daß 12,774,000 Thlr. zu extraordinären Schuldentilgungen verwendet werden sollen, daß 2½ Millionen Thlr. zur Befriedigung der durch die Sturmfluth an der Diffe veranlasseten Schäden verwendet wurden; es bleiben also noch 12,446,055 Thlr. übrig, über welche Ihnen die Verfügung durch den Staatshaushalt für 1874 vorbehalten bleibt. Ich habe schon bemerkt, daß das Finanzjahr 1872 einzig dastehen wird, und ich möchte Sie dringend bitten, sich durch die Vorstellung eines Ueberschusses von 27 Millionen nicht etwa dazu hinreißen zu lassen, auf die Wiederkehr solcher Ueberschüsse rechnen zu wollen. (Heiterkeit.)

Wir haben bei der Feststellung des Staatshaushalts für 1873 auf diese Verhältnisse bereits in so umfassender Weise Rücksicht genommen, daß wir in dem Etatvoranschlag für 1873 die Summe von 210,043,467 Thlr., also in runder Summe 23 Millionen mehr als für 1872 angelegt haben, und zwar 12½ Millionen Thlr. für dauernde, und 10½ Millionen Thlr. für einmalige Ausgaben; wir haben dabei schon auf ein blühendes Fortschreiten des Landes gerechnet, und ich freue mich Ihnen heute versichern zu können, daß die Zukunft, mit der wir damals zu Werke gegangen sind, durch den Erfolg nicht getäuscht werden wird, daß das Jahr 1873 vollkommen allen ihm zugewiesenen Aufgaben genügen sein und es wahrhaftig einen recht ansehnlichen Ueberschuß gewähren wird. (Beifall.) In einzelnen Einnahme-zweigen ist allerdings gegen das Vorjahr ein bedeutender Umschlag eingetreten, so ist z. B. die 1872 so außerordentlich gesteigerte Stempelabgabe im Jahre 1873 bedeutend zurückgeblieben. Bis vor Kurzem beläuft sich die Mindereinnahme auf ungefähr 2 Millionen Thaler und sie wird bis zum Schluß des Jahres gegen das vorangegangene noch beträchtlicher zurückbleiben, indem die beiden letzten Monate offenbar nicht so viel gewähren können, als es im vorigen Jahre der Fall gewesen ist. Immerhin aber glaube ich, daß der für die Stempelsteuer von uns angenommene Satz von 10 Millionen, also 3 Millionen mehr als 1872, vollständig erfüllt werden wird.

Nachdem ich mit der Stempelabgabe ich es mit den Gerichtskosten; auch hier sind die Einnahmen gegen das Vorjahr beträchtlich zurückgeblieben. In der Eisenbahnverwaltung haben die Einnahmen zwar wiederum sehr erheblich zugenommen, aber die Ausgaben nehmen ebenfalls sehr erheblich zu und es wird sich fragen, welcher Theil davon den Sieg erringen wird. Ich fürchte, daß die Mehrausgaben die Mehreinnahmen übersteigen werden. Andererseits aber ist die außerordentlich glänzende Conjunction, die für die Kohlenindustrie eingetreten ist, im Laufe des Jahres 1873 noch gesteigert worden und die Bergwerksverwaltung wird im Jahre 1873, wie ich mit Zuversichtlichkeit annehmen darf, einen höheren Ueberschuß als im Jahre 1872 ergeben. Wir haben da in den verschiedenen Verwaltungen, die der Staat besitzt, eine Art Compensationsmittel. Während er als Eigentümer der Eisenbahnen unter den hohen Kohlenpreisen als Consumant leidet, so macht er durch die hohen Preise der Kohlen bei den Bergwerken als Producent einen großen Gewinn. Nachlässigstes bei der Forstverwaltung, da die Waldproducte in diesem Jahre höher zu verwerthen waren als früher; die Forstverwaltung wird also einen ähnlichen Ueberschuß abliefern können. — Im Ganzen und Großen dürfen wir daher mit völliger Zuversicht annehmen, daß das Jahr 1873 befriedigend abschließen wird.

In Bezug auf die Contributionsgelder, die an Preußen zur Verteilung gelangt sind, will ich Folgendes mittheilen. Am 7. Juli ist die erste Zahlung im Betrage von 38,065,119 Thalern erfolgt; von dieser Summe sind mit Ihrer Zustimmung 20,284,100 Thlr. zu extraordinären Schuldentilgungen verwendet worden, oder werden in nächster Zeit verwendet werden.

Ebenso haben Sie durch Gesetzverfügung genehmigt, daß zu den Eisenbahn-Zahlungen aus den Ueberschüssen der Contributionsgelder entnommen werden möchten. Die Ueberschüsse der Zahlung vom 7. Juli reichten nicht aus, um die damals bereits geleisteten Vorläufe zu decken. Wir haben aber unter dem 16. October eine zweite Zahlung erhalten, die sich auf 24,303,767 Thlr. belief, so daß wir überhaupt im Ganzen 62,368,886 Thlr. erhalten haben. Von dieser Summe sind nur für Eisenbahnzwecke bereits verausgabt 25,052,306 Thlr., und es bleibt nach Abzug des schon vorher erwähnten Betrages für extraordinäre Schuldentilgung zur Zeit die Summe von 17,052,480 Thlr. zur Verfügung. In der Etatvorlage, die wir heute einbringen, werden wir Ihnen den Vorschlag machen, von diesen 17 Millionen 8 Millionen Thlr. zu verwenden für neue Ausgaben zu productiven Zwecken, zu Ausgaben, die wir sonst im Wege der Anleihe hätten beschaffen können. Dann bleiben für Eisenbahnzwecke noch übrig etwas über 9 Millionen und für dieselben Zwecke ferner noch in Aussicht die Summen, die uns noch weiter zu Theil werden mögen. Wie hoch sich die Summe belaufen wird, kann ich zur Zeit noch nicht angeben; ich habe die Frage aufs Neue beim Reichskanzleramt in Anregung gebracht und hoffe bald Gewißheit darüber zu erlangen.

Nun, meine Herren, wir haben das Jahr 1873 dazu benutzt, um uns von einem großen Theil unserer Schulden zu entlasten. Aus den Erparnissen der vergangenen Jahre haben wir ungefähr 20½ Millionen zur Schuldentilgung bestimmt, aus diesen Contributionsgeldern haben wir 20½ Millionen dazu bestimmt, und da wir die Credite, die uns für Eisenbahnzwecke bewilligt worden sind, nicht dazu benutzt haben, um wirkliche Realisationen vorzunehmen, so haben wir außerdem alle die in den bisherigen Etats für solche Zwecke angelegten Summen in Abgabe stellen können, indem wir uns der Hoffnung überließen, daß wir während des Jahres 1874 ebenso, wie dies bisher geschehen ist, aus den bereitesten Mitteln der Generalstaatskasse die erforderlichen Ausgaben werden leisten können. Indem wir in dieser Weise procedirt haben, ist es uns gelungen, den Etat der Schuldenverwaltung in Bezug auf die verinslichen Staatsanleihen zu entlasten, um 79,936,598 Thlr., in runder Summe also nahezu 80 Millionen. Wir haben dann noch für die nächste Zukunft noch verfügbare Geldmittel, in dem Umfang, den ich Ihnen eben angab. Damit Sie aber nicht etwa glauben, daß es uns in Zukunft an Staatsschulden ergehen wird (Heiterkeit) will ich doch daran erinnern, daß in diesem Augenblicke noch Eisenbahn-Credite der Staatsregierung zur Verfügung stehen, die sich auf 139 Millionen Thaler erstrecken. Nun, meine Herren, nach diesen Vorbemerkungen kann ich nunmehr zu der Vorlage des Etats-Entwurfes für das Jahr 1874 übergehen. Nach diesem Etat-Entwurf werden sich die Brutto-Einnahmen der allgemeinen Finanzverwaltung abermals steigern, um die Summe von 11,687,240 Thlr., und bei dieser Steigerung, der durch den Erlaß bei der Klassen- und Klassen-Einkommensteuer sich ergibt, bereits berücksichtigt.

Also mit anderen Worten die Mehreinnahmen werden sich belaufen auf 14,309,900 Thlr., davon gehen Mindereinnahmen ab von nahezu 3 Millionen und dann ergibt sich die vorhin angegebene Differenz. Die Mindereinnahmen sind hauptsächlich dadurch veranlaßt, daß im vorigen Jahre ein außerordentlich hoher Beitrag von 2,500,000 Thlr. seitens der Seehandlung der Staatskasse zugeführt worden ist; der Beitrag für 1874 ist abermals ungewöhnlich hoch, er beläuft sich auf 1,950,000 Thlr., aber bleibt immerhin gegen das Vorjahr um 550,000 Thlr. zurück. Nun, m. S., dieser beträchtliche Brutto-Einnahme steht aber leider eine viel beträchtlichere Mehrausgabe gegenüber, und wir werden bei den sogenannten Betriebsverwaltungen einen Minderüberschuß gegen das Vorjahr haben, von 2,337,111 Thlr. Dieser Minderüberschuß, meine Herren, würde noch sehr viel höher haben veranschlagt werden müssen, wenn es zulässig gewesen wäre, die Wohnungsgeld-Zuschüsse, die vom 1. Januar 1873 ab bewilligt worden sind, bereits pro 1874 auf alle einzelnen Verwaltungen zu verteilen. Das war zur Zeit aus technischen Gründen nicht möglich und es hat daher der Etat pro 1874 in der Weise aufgestellt werden müssen, daß die Wohnungsgeld-Zuschüsse noch unter dem Etat der allgemeinen Finanzverwaltung in Ausgabe figuriren. Wäre der adäquate Theil auf die Betriebsverwaltung verteilt worden, so würde sich diese Mindereinnahme um nahezu 1½ Millionen Thlr. noch erhöhen haben. Zu diesem weniger günstigen Resultate trägt vorzugsweise bei die Eisenbahn-Verwaltung. Hierbei sind zwar die Mehreinnahmen veranschlagt auf 5,355,290 Thlr., aber es sind die Mehrausgaben gleichzeitig angelegt zu 6,169,264 Thlr., also ergibt sich ein Minderüberschuß gegen das Vorjahr von 1,504,544 Thlr., und dieser würde sich, wenn die Wohnungsgeld-Zuschüsse fäamlich verteilt worden wären, noch um 677,756 Thlr. erhöhen.

Es kommen also 3,256,000 Thlr. auf die Eisenbahnverwaltung weniger als im vorigen Jahre, trotzdem, daß wir im Jahre 1872 doch sehr bedeutende Capitalien zu Eisenbahnbauten verwendet haben, die wir nicht mit den Zinsen in diesem Staatshaushalt-Etat figuriren lassen. M. S. Dieses Resultat scheint mir der Staatsregierung die Frage nahe zu legen, ob überall die gegenwärtigen Eisenbahntarife werden unverändert beibehalten werden müssen. (Abg. Richter-Hagen: sehr richtig.) Die Bergwerksverwaltung liefert uns für dieses Jahr einen etatsmäßigen Mehr-Ueberschuß von 2,106,939 Thlr. und hilft also den Ausfall der anderen Verwaltungen übertragen. Nun, m. S., diesem etatsmäßigen Minderüberschuß von 2,337,111 Thaler tritt nun bei der Rubrik Staatsverwaltungen eine Mindereinnahme gegen das Vorjahr von 1,203,615 Thalern. Diese Mindereinnahme aber beruht nur zum Theil auf Aufhebung eines durchlaufenden Postens. Bei Tilgung der Staatsschulden haben wir nämlich die sämtlichen 4½ proc. Anleihen, die i. J. consolidirt worden sind, bis auf die aus dem Jahre 1858 herrührenden Anleihen, hinsichtlich welcher besondere Verpflichtungen der Preussischen Bank bestehen, getilgt. Wir ersparen dadurch bei dem Tilgungsquantum für das nächste Jahr die Summe von ungefähr 2½ Millionen Thaler und wir haben nun dieselbe Summe bei der Einnahme in Wegfall gebracht. Ich darf das ganze Verhältnis als bekannt voraussetzen, wie wir bisher im Etat diese Beträge balancirt haben. Also dem Minder-Ueberschuß von 2,337,111 Thlr. tritt eine Mindereinnahme entgegen von 1,203,615 Thlr. Es tritt also dann ferner hinzu eine Mehreinnahme bei den anderen Verwaltungen von 3,439,605 Thlr., das sind nahezu im Ganzen 7 Millionen Thlr. Nun, m. S., wird es sich zeigen, wie wohl es gethan war, rechtzeitig an die Tilgung der Staatsschulden zu denken, denn wir haben nun das Gegengewicht, daß wir bei dem Etat der Hauptverwaltung der Staatsschulden theilweise nur formell, in dem eben näher dargelegten Verhältnis des durchlaufenden Postens, theilweise aber wirklich eine Erparnis machen von 5,708,960 Thlr.

Wir werden also hiernach gegen das Vorjahr trotz aller Mehrausgaben und Mindereinnahmen im Extraordinarium nur zurückbleiben um 1,257,000 Thlr. und auch dieser Minderbetrag wird verschwinden, wenn wir die zu unserer Verfügung gebliebenen Ueberschüsse des Jahres 1872 mit 12,446,055 Thlr. gegenüberstellen den Ueberschüssen, die das Jahr 1871 uns für das Jahr 1873 zur Verfügung stellt im Betrage von 9,273,920 Thlr. Wir werden dann dahin kommen, daß wir nahezu 2 Millionen Thlr. im Ordinarium zu unserer Verfügung behalten. Ich weiß nun nicht, ob es Ihr Wunsch und Wille wäre, wenn ich auf einzelne Positionen des Etats hier näher eingehe; Sie werden im Laufe des Tages die gesammelten gedruckten Beilagen darüber erhalten. Vielleicht entspricht es mehr Ihren Wünschen, wenn ich jetzt nach einem umfassenderen Ueberblick dazu übergehe, Ihnen die Vorschläge näher nachzuweisen, die wir über die Verwendung im Extraordinarium beabsichtigen. (Zustimmung.) Es scheint, daß das Letztere vorgezogen wird. Dann habe ich Ihnen mitzutheilen, daß wir in dem Jahre 1874 nicht glauben, nochmals Summen zur extraordinären Schuldentilgung bestimmen zu sollen; daß wir Ihnen vielmehr vorschlagen, auf allen Gebieten des Staatslebens große Anlagen zu machen, Summen zu verausgaben, die zum Theil auch bei einer soliden Finanzverwaltung im Wege der Anleihe würden beschafft werden können, die in der That sich mehr oder weniger als Kapitalanlagen darstellen. Wir werden Ihnen vorzulegen, im Extraordinarium eine Summe von 33,365,002 Thlr. zu bewilligen (Beifall), von diesen sollen 8 Millionen, wie bereits erwähnt, gedeckt werden aus den uns an Contributionsgeldern eingegangenen Beträgen. Die anderen 25,365,002 würden wir aus den uns etatsmäßig zur Verfügung stehenden Summen zu entnehmen haben.

Bei der Verwendung im Extraordinarium werden nun sämtliche Ministerien, sämtliche Verwaltungen bedacht. Das Ministerium der geistlichen

Angelegenheiten erhält 3,151,320 Thlr., das Ministerium für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten erhält 1,067,000 Thlr., das Ministerium des Innern 975,000 Thlr., das Justizministerium 2,050,000 Thlr., das Finanzministerium 2 Millionen Thaler, das Ministerium für Handel und Gewerbe nahezu 24 Millionen Thaler. (Beifall und Bewegung.) Wir glauben nämlich, daß, nachdem wir die idealen Interessen begehrt und gepflegt haben — und auch der vorliegende Etat giebt sehr beträchtliche Summen für diese Zwecke auf Neue aus — doch besonders kräftig verschiedene Anlagen in Angriff nehmen zu sollen, die auf die Hebung des Landes in wirtschaftlicher Hinsicht von großem Einflusse sein werden. Wir schlagen Ihnen vor, zu Land- und Wasser-Bauten und zu öffentlichen Arbeiten aller Art die Summe von 9,269,215 Thlr. zu bestimmen. Darunter sind insbesondere zur Anlage von Canälen, zur Regulirung von Strömen, zu Hafenbauten sehr beträchtliche Summen enthalten. Wir verstärken den Zuschuß zu Neubausfonds bis auf 1 Million Thaler, ferner, m. S., geben wir für Zwecke der Eisenbahnverwaltung im Extraordinarium die Summe von 11,524,523 Thlr. und zwar mehr gegen das Vorjahr die Summe von 8,620,857 Thlr. Sie werden darin einen Anstieg finden an die 8 Millionen, deren ich schon mehrmals gedacht habe. Beim Justizministerium ist es uns vorzüglich darum zu thun gewesen, die noch fehlenden Gerichtsgebäude möglichst zu beschaffen und wir haben deshalb bei diesem Ministerium, das im vorigen Jahre nur mit 696,900 Thlr. bedacht war, die hohe Summe von 2,049,096 Thlr., das ist also mehr 1,362,700 Thlr., ausgesetzt.

Meine Herren, ich fürchte, ich würde Sie ermüden, wenn ich noch länger auf die Einzelheiten des Etats eingehen wollte. Ich hege die Hoffnung, daß je sorgfältiger Sie ihn prüfen werden, desto mehr werden Sie die Ueberzeugung erlangen, daß der Finanzminister mit unbefangener Mäßigkeit für Sie sorgen getrachtet hat, alle Verwaltungen des Staats mit gleicher Liebe zu umfassen (Heiterkeit), alle die Mittel zuzuwenden, deren wir bedürfen zu einer ersprießlichen Entwicklung. Bis jetzt, m. S., sind die Vorschläge, die zu Ausgaben seitens der Staatsregierung Ihnen gemacht werden sind, eher noch einer zu großen Sparsamkeit als der Verschwendung angeklagt worden. Ich hoffe, daß Sie auch in diesem Jahre sich überzeugen werden, daß wir mit Vorsicht verfahren und uns auch jetzt einer Verschwendung nicht schuldig gemacht haben, daß wir dagegen mit fester Zuversicht in die fortschreitende Entwicklung unserer Finanzverwaltung auf allen Gebieten des Staatslebens die verschiedenen Verwaltungen reich bedacht haben. Ich hoffe, daß wir zu den vorgeschlagenen Bewilligungen von Ihrer Seite ein freundliches Ja erlangen werden; und in dieser Hoffnung übergebe ich die Allerhöchste Ermächtigung zur Vorlage der Uebersichten des Jahres 1872 und zur Vorlage des Staatshaushalts pro 1874.

Unter lebhaftem Beifall von allen Seiten des Hauses überreicht der Herr Finanzminister die bezeichneten Vorlagen dem Präsidenten und ist damit die heutige Tagesordnung um 12½ Uhr erschöpft. Auf der nächsten (Donnerstag 11 Uhr) stehen die beiden ersten Vorlagen des Finanzministers und die des Ministers des Innern, die im Anfang der heutigen Sitzung eingebracht wurden.

Berlin, 17. Novbr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat den Appellations-Gerichts-Referendarius a. D. Grafen Arthur Adolph von Posadowsky-Wehner zum Landrath ernannt; und dem Staats-Archivar, außerordentlichen Professor Dr. phil. Colmar Grünhagen in Breslau den Charakter als Archiv-Rath verliehen.

Dem königlichen Ober-Betriebs-Inspector Franz Bachmann zu Münster ist die Stelle eines technischen Mitgliedes der königlichen Direction der westfälischen Eisenbahn vorübergehend verliehen worden. — Der bisherige Baumeister Ferdinand Bieder zu Camenz ist als königlicher Eisenbahn-Baumeister bei der Ober-Schlesischen Eisenbahn mit dem Wohnsitz in Rattowitz angestellt worden. — Der bisher mit der commissarischen Verwaltung der technischen Hilfsarbeiter-Stelle bei der königlichen Regierung in Frankfurt a. O. beauftragte gemeine Baumeister Hader ist zum königlichen Landbaumeister ernannt und ihm diese Stelle nunmehr definitiv verliehen worden. — Der Telegraphen-Aufseher bei der Main-Weiser-Bahn Carl Fink ist zum königlichen Telegraphen-Inspector ernannt worden. — Dem Landbaumeister Johann Eduard Jacobsthal hier selbst ist eine etatsmäßige Lehrerstelle an der königlichen Bau-Akademie verliehen.

Dem Kaufmann C. F. Wappenhaus zu Berlin ist unter dem 14. November 1873 ein Patent auf eine Vorrichtung zur continuirlichen Feuerung bei rotirenden Röhren auf drei Jahre erteilt worden. — Dem Kaufmann Leo Goldschmidt, in Firma Goldschmidt u. Co. in Hamburg, und dem Haartuchfabrikanten Ludwig Schröder, in Firma Gebrüder Schröder zu Altona, ist unter dem 14. November 1873 ein Patent auf die Einrichtungen an mechanischen Webstühlen für Haartuche zum Eintragen der Schüsse auf drei Jahre erteilt worden.

Dem Landrath Grafen Arthur Adolph von Posadowsky-Wehner ist das Landrathsamt im Kreise Wongrowitz übertragen worden.

Berlin, 17. November. [Se. Majestät der Kaiser und Königin] nahmen heute Vormittag den Besuch Ihrer königlichen Hoheiten der Großherzogin-Mutter von Mecklenburg-Schwerin und des Prinzen Friedrich der Niederlande entgegen und empfingen den Geheimen Cabinets-Rath von Wilmski.

© Berlin, 17. November. [Fürst Bismarck. — Graf Roon. — Die Provinzialordnung. — Das Herrenhaus.] Ein hiesiges Blatt glaubt schon die Rückkehr des Fürsten Bismarck auf den 28. November feststellen zu können. Es ist nicht wahrscheinlich, daß schon jetzt eine so bestimmte Mittheilung über die Absicht des leitenden Staatsmannes hierher gelangt ist. Doch soll derselbe im Allgemeinen seine Rückkehr für das Ende des laufenden oder den Anfang des künftigen Monats in Aussicht gestellt haben. Wenn übrigens ein bekannter Correspondent radikaler Blätter zur Charakterisirung der gegenwärtigen Verhältnisse andeutet, daß sowohl über die Thronrede, wie über alle anderen wichtigen Entscheidungen der jüngsten Zeit ohne Kenntniß des Fürsten Bismarck Beschluß gefaßt sei, so beruht das auf einem sehr groben Irrthum. Der Fürst hat nicht nur den Inhalt der Thronrede vor der Feststellung derselben gekannt, sondern auch alle übrigen erheblichen Beschlüsse über die Aufgaben der Session des Landtages und die Behandlung derselben sind mit seiner Zustimmung gefaßt worden. Das Staats-Ministerium steht mit seinem gegenwärtigen Präsidenten in constanter Verbindung, und es findet zwischen beiden Theilen täglich ein constanter Schrift- und Depeschenwechsel statt. — Die Nachricht, daß Graf Roon schon heute seine Wohnung im Kriegsministerium räumen werde, ist nicht richtig. Derselbe wird im Einverständnis mit dem gegenwärtigen Kriegsminister die Wohnräume bis zu seiner Abreise von Berlin innebehalten. Er gedenkt am Dinstag nächster Woche Berlin zu verlassen und zunächst nach Wien, von dort aber zu einem längeren Aufenthalte nach Italien zu gehen. — Jüngst konnte ich in Bezug auf die Provinzial-Ordnung andeuten, daß die Arbeiten für den Entwurf derselben im Ministerium des Innern beendigt seien, daß derselbe aber noch einige weitere Studien der Vorarbeit zu durchlaufen habe. Hierzu gehörte auch die vom Minister des Innern eingeleiteten Verhandlungen mit hervorragenden Vertrauensmännern beider Häuser des Landtags. Schon heute hat Graf Eulenburg zunächst mit einigen Mitgliedern des Abgeordnetenhauses über diese Angelegenheit conferirt. Unter den Theilnehmern an diesen Verhandlungen werden mir die Herren von Bennigsen, Friedenthal, von Köller, Lafer und Häbler genannt. Das Verfahren des Ministers, vor Feststellung der Reformentwürfe eine nähere Fühlung mit den Wünschen und Stimmungen der Landesvertretungen zu erhalten, hat sich bei Gelegenheit der Kreisordnungs-Reform so vor-



theilhaft bemerkt, daß auch die öffentliche Meinung wohl die Zweckmäßigkeit einer solchen Vorverhandlung anerkennt, selbst wenn dadurch die Vorlage eine kurze Verspätung erfahren sollte. — Von verschiedenen Seiten wird gemeldet, daß die sobald eingetretene Beschlußfähigkeit des Herrenhauses auf einer Art von Strike der konservativen Opposition beruht. Sollte das wahr sein, so wird die liberale Partei sich wohl schnell completieren, um die Beschlußfähigkeit wieder herzustellen, was so übermäßig schwer nicht fallen kann, da die konservative Partei selbst dafür gesorgt hat, daß eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zahl von 60 Mitgliedern ausreicht. Weiter aber würde ein solcher Strikeversuch nur der Frage der Herrenhausreform, die noch nicht von der Tagesordnung verschwunden ist, einen um so dringlicheren Charakter geben.

[Erzbischof Ledochowski.] Die „Nordd. A. Ztg.“ schreibt: „Aus der Vergangenheit des Erzbischofs Grafen Ledochowski ist neuerdings Einiges bekannt geworden, doch mehr Ultramontanes, als Transatlantisches. Die Rolle, die er jenseits des Oceans gespielt hat, ist, unseres Wissens, noch nicht aufgestellt worden, obwohl sie bedeutsam und verhängnisvoll gewesen ist. Am Ende der fünfziger Jahre war Graf Ledochowski päpstlicher Nuntius in Columbia. Dort hatte der Ultramontanismus in dem damaligen Präsidenten der Republik einen mächtigen Rückhalt. Aber die Seele der ultramontanen Partei war der Nuntius in Bogota. Ihm nicht am wenigsten war zu verdanken, daß in der Republik Kämpfe entbrannten, an denen sie Jahre lang blutete. Ledochowski soll diesen Kämpfen durch seine Leitung der päpstlichen Partei den Charakter besonderer Verbitterung aufgedrückt haben. Sie endeten mit dem totalen Siege der antipäpstlichen Partei und mit — der unfreiwilligen Abreise des Herrn Nuntius. Es waren nicht Segenswünsche, die dem Grafen Ledochowski von jenseit des Meeres das Geleit gaben.“

[Der Hirtenbrief des Bischofs von Nancy.] Der telegraphisch gemeldete Artikel der „Nordd. A. Z.“ lautet wie folgt:

„Am 3. August d. J. wurde in den Kirchen der Diöcese Nancy und Toul, auch in den zu Deutsch-Lothringen gehörigen, ein Hirtenbrief (mandement) des Bischofs von Nancy von den Kanzeln verkündet, welcher die Gläubigen zur Abhaltung von Gebeten für die Wiedervereinigung von Metz und Straßburg mit Frankreich aufforderte.“

In dieser Kundgebung liegt ein offener Appell zum Abfall von dem vertragsmäßig und gesetzlich bestehenden Staatsverbande. Die kaiserlichen Gerichtsbehörden haben deshalb gegen diejenigen Geistlichen, welche in den deutschen Bezirken des bischöflichen Sprengels den fraglichen Hirtenbrief verlesen haben, einschreiten müssen. Das bezügliche Verfahren ist noch nicht abgeschlossen.

Gleichzeitig hat die kaiserliche Regierung nicht unterlassen können, das Verhalten des unter französischer Jurisdiktion stehenden Bischofs von Nancy amtlich zur Kenntniß des Pariser Cabinets zu bringen. Jede Regierung ist verpflichtet, ihre Unterthanen dazu anzuhalten, daß sie Provocationen der Nachbarn, durch welche die guten internationalen Beziehungen gestört werden, vermeiden. Um so mehr lag deutscherseits in diesem Falle Veranlassung vor, sich über das Verhalten eines hohen geistlichen Würdenträgers zu beschweren, welcher sein Amt dazu benutzte, um den mühsam hergestellten Frieden zwischen den beiden Völkern zu bedrohen.

Es bleibt abzuwarten, wie die französische Regierung dem ihr ausgedrückten Wunsche, daß dem Bischof von Nancy eine Zurechtweisung erteilt und für die Zukunft ihm ein correcteres Verhalten zur Pflicht gemacht werde, entsprechen will. Jedenfalls bietet sich für dieselbe hierin eine Gelegenheit, um unabweisend darzutun, daß sie auch ihrerseits solche Aufwiegelungen und Bedrohungen des guten Einverständnisses mit andern Staaten für unerlaubt hält und mißbilligt.“

[Ueber die Vorgänge in Carthago.] lautet der telegraphisch gemeldete Artikel der „N. A. Z.“ wie folgt:

„Unmittelbar nachdem der deutsche Consulatsverweser Adalberto Spottorno mit anderen Landesleuten verhaftet worden (am 30. October Nachmittags), legte sich das Consular-Corps in Carthago für seinen Kollegen in's Mittel; der französische Consul, der englische Vice-Consul, der italienische Consul-Agent traten Schritte bei der Junta, um die Freilassung zu bewirken. Von letzterem (Don Andreas Pedreno) gleich nach dem Vorfall angerufen, jagte der italienische Contre-Admiral Graf von Monao an Bord der „Benaja“ seine Unterstützung bei Befreiung der Freigebung des deutschen Consulatsverwesers zu. Ehe das deutsche Gesandtschaftsmitglied, war denn auch Adalberto Spottorno aus der Haft entlassen. — Inzwischen hatte am 31. October Abends 8 Uhr Capitän zur See Przewinski von der deutschen Gesandtschaft zu Madrid die telegraphische Aufforderung erhalten, von Malaga aufzubrechen und vor Carthago von den Cantonal-Autoritäten Aufklärungen über die Verhaftung und sofortige Freilassung der Gefangenen zu verlangen. Dies geschah unverzüglich. Der Gesandtschaftsmitglied begab sich mit Sr. Majestät Schiff „Friedrich Carl“ sofort nach Carthago und wurde durch Telegramm Sr. Majestät Schiff „Elisabeth“, das, um Kohlen einzunehmen, in Gibraltar lag, ihm alsbald zu folgen, während das Dampfschiff „Meteor“ sich vor Malaga seefahr zu halten hatte, um etwaige weitere telegraphische Weisungen dem Gesandtschaftsmitglied zu überbringen. Am 2. d. M. Früh gegen 6 Uhr ankerte der „Friedrich Carl“ vor dem Eingang von Carthago, das offen vor ihm lag; eine Stunde darauf ankerte die „Elisabeth“ in der Bai von Escambrero. Ohne Zeitverlust traf der Chef des Gesandtschafts seine Maßnahmen. Er entbande den Capitän-Lieutenant v. Pawelsz mit einem Boot vom „Friedrich Carl“ ans Land. Dieser Offizier vollzog den ihm zu Theil gewordenen Auftrag binnen vier Stunden. General Contreras, zu dem sich Herr v. Pawelsz zunächst begab, verweigerte die Auslieferung des gefangenen Handelscommissars Felix Giraud (aus Thorn) unter dem Vorwande, daß derselbe sich der Spionage und anderer Vergehen schuldig gemacht, ließ sich dann aber herbei, einen Beschluß der Junta herbeizuführen, die allein die Freilassung verfügen könne. Capitän-Lieutenant v. Pawelsz und der englische Viceconsul begleiteten den General auf das Stadthaus, wo die Junta eben Sitzung hielt. Diese beschloß nach längerer Erwägung die Freilassung des Giraud unter der Bedingung, daß derselbe Carthago nicht wieder betrete. Herr v. Pawelsz, dem ein Offizier der Junta beigegeben wurde, begab sich hierauf nach dem Gefängnißschiff (der Corvette „Yerrolana“), nahm den Gefangenen in Empfang und brachte ihn an Bord des „Friedrich Carl“, wo in der Zwischenzeit sich auch Adalberto Spottorno eingefunden hatte. Letzterer wurde am folgenden Tage in Escambrero ans Land gesetzt; dagegen Giraud, der von Escambrero aus an seinen Wohnort Borman, wo sein Handlungshaus interimistisch etablirt ist, nicht ohne die Gefahr, den Infractanten in die Hände zu fallen, gelangen konnte, wurde am 4. d. M. nach Alicante, mit Sr. Maj. Schiff „Elisabeth“ geschickt, welches dorthin beordert war, um die deutsche Gesandtschaft in Madrid auf telegraphischem Wege von der Freilassung der deutschen Gefangenen zu benachrichtigen. Somit war die dem Chef des deutschen Gesandtschafts zunächst gestellte Aufgabe mit gutem Erfolge gelöst. In Bezug auf deutsches Eigenthum, welches durch die Schiffe der Infractanten weggenommen worden, liegen im Ganzen vier Reclamationen vor, deren Berechtigung nach Anordnung der kais. Gesandtschaft in Madrid, der jetzt wieder in Thätigkeit befindliche deutsche Consul, Bartolomé Spottorno in Carthago, zu prüfen, und soweit die thatsächlichen Voraussetzungen, daß es sich um wirkliche deutsches Eigenthum resp. um Eigenthum unter deutscher Flagge handle, als zureichend sich herausgestellt, geltend zu machen hat. Die Cantonal-Autoritäten befinden sich nicht im Unklaren darüber, daß Deutschland sich alle weiteren Ansprüche zu erheben vorbehält — zu denen ihr bisheriges und ferneres Verhalten berechtigt. So wird die Geltendmachung begründeter deutscher Ansprüche keinesfalls ihren Zweck verfehlen. Die amtlichen Berichte, welche über diese Vorfälle bisher eingegangen sind, haben übrigens jeden Zweifel in Betreff der Beweggründe der neuerlichen Gewaltthätigkeiten gegen Personen und Eigenthum deutscher Reichsangehörigen gehoben. Es heißt darin, der deutsche Consulatsverweser sei nur deshalb gefangen genommen worden, „weil die Cantonalen Deutschland als ihren größten Feind betrachteten“ — und daran schließt sich die Bemerkung, die wirklich also lautet: „Sie (die Infractanten) behaupten, daß die Revolution einen Todesstoß von der deutschen Marine empfangen, welchen sie nie vergessen werden und an Deutschland zu rächen haben.“

Köln, 16. November. [Der Ober-Präsident der Rhein. provinz] hat nachstehende Bekanntmachung erlassen:

„Es wird hiedurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß zufolge einer auf Grund des § 13 des Gesetzes über die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen vom 11. Mai d. J. erfolgten Anordnung des Herrn Ministers der geistlichen Angelegenheiten sowohl das Collegium Augustinianum zu

Gaesdonk, als das Sülz-Priester-Seminar daselbst geschlossen worden sind.“

Coblenz, den 7. November 1873. Der Ober-Präsident der Rheinprovinz. J. B. gez. Konopadi.“

Aus Kurbessen, 14. November. [Renitente Pastoren.] Es sind wiederum einige Suspensionen renitenter Geistlichen zu melden, so gegen den Pastor Thamer in Nordhausen, gegen die außerordentlichen Pfarrer Abbé und Lohr, sowie gegen den Rector und past extr. Grenkebach in Rodenberg (im Schaumburgischen). Gegen die Erstgenannten wurde zugleich strafgerichtliches Verfahren auf Amtsentsetzung eingeleitet und Thamer durch einen Gendarmen verhindert, die Kirche zu betreten. — Unter den Spendern für den „Unterstützungsfonds“ befindet sich dieses Mal General v. Schend zu Schweinsberg mit 50 Thlr., „Angeant“ mit 1000 Thlr. ic.

Dresden, 17. November. [Ernennung.] Vom „Dresdener Journal“ wird amtlich gemeldet, daß der deutsche Kaiser den Prinzen Georg von Sachsen zum commandirenden General des 12. Armee-corps ernannt habe, welches der Prinz im französischen Kriege bereits interimistisch commandirte.

Mürnberg, 14. November. [Kirchenconflikte.] Es scheint, daß die protestantische Geistlichkeit mit besonderem Behagen Gelegenheit sucht, Kirchenconflikte herbeizuführen. Ein hiesiges Blatt brachte jüngst die Nachricht, daß schon seit einiger Zeit ohne Vorwissen der Schulcommission dahier von einem protestantischen Geistlichen Religionsunterricht erteilt werden. Daraufhin zeigte nun der Geistliche, Pfarrer Bösch dahier, dem Bürgermeister in dessen Stellung als Schulvorstand der Polizeibehörde an, daß allerdings seit einiger Zeit Kindern von 7 bis 10 Jahren von jungen Damen Unterricht in „erbaulicher Weise“ in der biblischen Geschichte erteilt werde, wobei ein Geistlicher zu Anfang und zu Ende zu fungiren habe. Dieser Kindergottesdienst habe aber nichts mit der Schule zu thun, sondern gehöre lediglich in das Gebiet der freiwilligen Thätigkeit. Der Magistrat hat aber nun die Sache ganz anders aufgefaßt. Er betrachtet das Unternehmen des Hrn. Pfarrers als eine „Unterrichtsanstalt“ und da nach den gesetzlichen Bestimmungen die Gründung und Leitung einer solchen Anstalt nun nach vorheriger polizeilicher Anzeige zu übernehmen ist, ergiebt sich für die Polizeibehörde die Inhibirung des zur Zeit in gesetzwidriger Weise bestehenden Instituts. Wollte man aber die neue Einrichtung nicht als Unterrichtsanstalt, sondern als förmlichen Gottesdienst auffassen, so wäre sie unzweifelhaft eine neue organische kirchliche Einrichtung, welche nach den Bestimmungen des Religions-Edictes selbst das Ober-Consistorium nicht ohne Ministerial-Erlaubniß treffen könne. Es wurden übrigens der Staatsanwaltschaft zur weiteren Behandlung der Sache die nöthigen Mittheilungen bezüglich des gesetzwidrigen Vorgehens des Pfarrers Bösch gemacht. Die hiesigen Schulverweser drohten dem Magistrat mit einem Strike. Sie verlangten nämlich eine Gehaltsaufbesserung, bemerkten aber gleichzeitig, wenn der Magistrat sich hierzu nicht verstehen sollte, sie in die unangenehme Lage versetzt sein würden, sich der Regierung zur Disposition zu stellen. Der Magistrat hat zwar die Gehalte aufbessert, aber gleichzeitig den Petenten bemerkt, daß sie sich in der Folge „einer geziemenderen Sprache“ bedienen möchten. (Fr. 3.)

## Österreich.

Wien, 17. November. [Die Bankfrage.] Die „Oesterreichische Correspondenz“ meldet: Zur Regelung der Bankfrage verlaute, daß eine übereinstimmende Vorlage für den Reichsrath in Wien und den Reichstag in Pest vorbereitet ist, welche beiderseits noch in der gegenwärtigen Session eingebracht werden soll.

## Schweiz.

Bern, 12. November. [In Schreiben des nordamerikanischen Grätlis Bundes.] Täglich gehen dem Nationalrath aus dem Volke Zuschriften ein, in denen Begehren betreffend die Bundesrevision enthalten sind. Auch die Schweizer im Ausland nehmen an dieser lebhaften Theil. Soeben ist im Nationalrath ein Schreiben des „Nordamerikanischen Grätlis Bundes“ mitgetheilt worden, in welchem dafür petitionirt wird, es möchte bei der Bundesrevision auch denjenigen Uebelständen Rechnung getragen werden, welche sich speciell auf das Wohl, sowie auf die heimathlichen Interessen der sich im Ausland befindlichen Landesangehörigen beziehen, welche mit dem stets vorwärts schreitenden Zeitgeiste unseres gemeinsamen Vaterlandes nicht im Einklange zu stehen scheinen. Es werden folgende Verlangen gestellt:

1) Anerkennung im ganzen Umfange der Eidgenossenschaft einer von Schweizern im Auslande in Uebereinstimmung mit daselbst bestehenden Gesetzen vollzogener Ehen.

2) Anerkennung im ganzen Umfange der Eidgenossenschaft der civilrechtlichen Selbstständigkeit eines im Auslande naturalisirten Schweizer bei Erbschafts- und Vermögens-Angelegenheiten.

Hinsichtlich dieses Punktes wird im Schreiben bemerkt, daß das zur Zeit stattfindende Verfahren von vielen Gemeinden gegen im Auslande anfassige, oder im Auslande naturalisirte Schweizer ein so rechtswidriges sei, daß der gesammten Schweiz im Auslande dadurch Unrecht angethan werde, der dadurch betroffene Angehörige seine Heimath „verdammen“ müsse und bei gemeinnützigen oder patriotischen Bestrebungen und Anlässen für das Vaterland denselben äußerst hemmend in den Weg trete.

3) Befreiung des sich von vielen Gemeinden zugeeigneten Rechtes bei Reclamationsforderungen irgend welcher Art von im Auslande wohnhaften Schweizerbürgern, eine sachbezügliche Verabfolgung des betreffenden Vermögens abhängig zu machen von einer eidlischen Entfagung Seitens des Reclamanten seines schweizerischen Orts-, Cantons- und Landesbürgerrechts. Es wird hierzu bemerkt, daß ein derartiges Recht, für den wahren Patriot so peinliches, ihn entwürdigendes und widernatürliches sine quo non, den Gemeindebehörden in diesem aufgeklärten Zeitalter nicht zustehen sollte, sei zu thatsächlich, als daß es einer weiteren Begründung bedürfe, sei zu Grundsatz des Gesetzgebers aller Gesetze: „Gebt Eifer was Eifer gehört.“ — Den Bürger belastet sein hochgeschätztes Schweizerbürgerrecht, wenn er demselben nicht freiwillig entsagt, und gebt ihm unbestritten das Seine.

Schließlich wird verlangt, daß die schweizerische Auswanderung, sowie der Geschäftsbetrieb von Auswanderungs-Agenturen der Aufsicht und Gesetzgebung des Bundes unterstellt werden soll.

Diese ziemlich im amerikanischen Stile abgefaßte Zuschrift wurde der Revisions-Commission des Nationalrathes zugewiesen, um bei Berathung der betreffenden Bestimmungen des Verfassungsentwurfes über die gestellten Begehren ihr Gutachten zu erstatten.

Bern, 13. November. [Aus dem Nationalrath.] Die Berathung der Revision der Bundesverfassung fortsetzend, hat der Nationalrath in seiner heutigen Sitzung Art. 26, welcher seither nur lautete: „Das Zollwesen ist Sache des Bundes“, in folgender, vom Bundesrath beantragten Fassung vorgenommen: „Das Zollwesen ist Sache des Bundes. Derselbe hat das Recht, Ein- und Ausfuhrzölle zu erheben.“ Eben so fand die vom Bundesrath für Art. 27 neu vorgeschlagene Redaction Annahme:

Bei Erhebung der Zölle sollen folgende Grundsätze beachtet werden: 1) Eingangsgebühren: a) Die für inländische Industrie und Landwirtschaft erforderlichen Stoffe sind im Zolltarife möglichst gering zu taxiren. b) Eben so die zum nöthigen Lebensbedarf erforderlichen Gegenstände. c) Die Gegenstände des Luxus unterliegen den höchsten Taxen. Diese Grundsätze sind auch bei Abschließung von Handelsverträgen mit dem Auslande zu befolgen.

2) Die Ausgangsgebühren sind möglichst mäßig festzusetzen. 3) Durch die Zollgesetzgebung sind zur Sicherung des Grenz- und Marktverkehrs geeignete Bestimmungen zu treffen. Dem Bunde bleibt immerhin das Recht vorbehalten, unter außerordentlichen Umständen, in Abweichung von vorstehenden Bestimmungen vorübergehend besondere Maßnahmen zu treffen.

Die Berathung des Art. 28, welcher bestimmt, daß von dem Ertrag der Zölle Entschädigungen an die Cantone gezahlt werden sollen, wurde auf später verschoben, d. h. bis zu Art. 41, der die Ausgaben des Bundes, oder vielmehr ihre Bestreitung zum Gegenstande hat. Art. 29 wurde nach ziemlich langer Debatte in der bundesrathlichen Fassung zum Beschluß erhoben. Sie lautet:

„Die Freiheit des Handels und des Gewerbes ist im ganzen Umfange der Eidgenossenschaft gewährleistet. Vorbehalten sind: a. Das Salz- und Pulverregal, die eidgenössischen Zölle, die Eingangsgebühren von Wein und geistigen Getränken, so wie andere, vom Bunde ausdrücklich anerkannte Verbrauchssteuern, nach Maßgabe des Art. 33. b. Sanitätspolizeiliche Maßregeln gegen Epidemien und Viehseuchen. c. Verfügungen über Ausübung von Handel und Gewerbe, über Besteuerung des Gewerbebetriebes und über die Benutzung der Straßen. Diese Verfügungen dürfen den Grundsatz der Handels- und Gewerbefreiheit selbst nicht beeinträchtigen.“

Auch Art. 30 wurde nach dem Antrage des Bundesrathes angenommen. Dieser ganz neue Artikel lautet:

„Den Cantonen bleibt es anheimgestellt, die Ausübung der wissenschaftlichen Berufsarten von einem Ausweise der Befähigung abhängig zu machen. Auf dem Wege der Bundesgesetzgebung ist dafür zu sorgen, daß derartige Ausweise für die ganze Eidgenossenschaft gültig erworben werden können.“ Bei Postschluß war Art. 31, Verbot der Spielbanken ic., in Berathung.

[Der Ständerath] hat das Budget für 1874 zu Ende berathen und nach dem bundesrathlichen Verlangen unwesentlich verändert genehmigt.

[Zum Münzvertrage.] Dr. Kern hat im Namen des Bundesrathes der französischen Regierung eine Note zugesellt, welche eine Revision des Münzvertrages von 1865 beantragt. Wie es heißt, ist man in Paris und Brüssel geneigt, dem Gesuche zu entsprechen.

[Als Käufer für die „Eigne d'Italie“] sollen sich ein Consortium Genf-Lausanne, die Gesellschaft der Suisse-Occidentale und die Compagnie Belge gemeldet haben.

## Großbritannien.

A. A. C. London, 14. Nov. [Den Conflict zwischen England und der Türkei in Arabien] bespricht heute auch die „Morning Post“, ohne indeß die von der „Times“ empfohlene Action in der Angelegenheit zu befürworten.

„Die Frage“ — sagt das Blatt — „ist eine, die zwischen unserem mächtigen Arm und der Pforte ohne selbst den Schein einer bewaffneten Intervention, die bloß eine Schwierigkeit erzeugt die nicht zu entstehen braucht, geregelt werden. Früher waren ottomanische Minister unschlagbar bereit, dem Rath unserer Regierung Gehör zu schenken, ihren Remonstrationen Achtung zu zollen, und die vollsten Erklärungen abzugeben, wenn sie verlangt wurden. Wir haben keinen Grund zur Annahme, daß sie nicht bereit sind, jetzt in demselben Sinne zu handeln. Es ist bis zu einem gewissen Grade wahr, daß England in Constantinopel mit weniger Mißtrauen betrachtet wird, als dies früher der Fall war, aber an eine innige Allianz zwischen Moskowien und Türkei ist kein Gedanke, und die Türkei studirt ihre eigenen Interessen viel zu sehr, um Projecten, die für England nachtheilig sind oder die sich unserer Herrschaft in Indien für schädlich erweisen würden, selbst durch die Finger zu sehen. Solche Ideen sind sensationell und grundlos. Wenn die Türkei gegen Aken vorgezogen ist, so geschah dies nicht in der Absicht, um entweder unseren Halt an der Station zu lockern oder uns in deren Besitz Unbequemlichkeiten zu bereiten. Wenn sie entschlossen wäre, unsere Durchfahrt durch das Rothe Meer schwierig zu machen, so dürfte sie einfachere Mittel anwenden. Sie hat einen Streit mit diesem kleinen Häuptling, dessen Sache wir adoptirt haben, und es kann keinem Zweifel unterliegen, daß sie bereit gefunden werden wird, ihre Bewegungen zu erklären und ihr Verhalten zu verteidigen. Es scheint kein Anlaß für Unruhe oder für starke Maßregeln vorhanden zu sein. Es ist wohl bekannt, daß, wenn wir zur Gewalt unsere Zuflucht nehmen, die Türkei nachgeben muß, und daß sie sich unserer Entscheidung in dieser Sache fügen muß, selbst wenn diese Entscheidung gegen ihre eigene Meinung sein sollte. Daher ist um so mehr Grund vorhanden, warum nicht, wenn wir gewisse Ursache zur Beschwerde haben, unsere Beschwerde höflich vorgetragen werden sollte. Diese Abwendung einer kleinen Streitmacht, um einer furchtbaren Armee zu opponiren und dieses Wehen unserer Flagge über einen braunen Sklavenhändler riecht mehr nach Reclamationskrieg als nach Würde. Die Lösung muß sicherlich durch Diplomatie und nicht durch Krieg erzielt werden, und es würde befremden sein, wenn unsere Kruppen in ihren Quartieren geblieben wären und unsere Flagge nicht so ostentativ aufgestellt worden wäre.“

[Dr. Stanley,] der Dechant von Westminster, wird im Januar in St. Petersburg erwartet, um den Herzog von Edinburgh mit der Großfürstin Marie von Rußland im Einklange mit Riten der englischen Kirche zu vermählen, nachdem die orthodox-griechische Trauung von den Metropolitans von Moskau und St. Petersburg vollzogen worden.

[Der Republikaner Odger] soll beabsichtigen, dem Beispiele Bradlaugh's zu folgen und sich auf eine Vorlesungstour nach den Vereinigten Staaten zu begeben.

[In Bristol] fanden gestern die üblichen politischen Diners zum Andenken an die guten Thaten des Bristoler Philanthropen Eduard Colston statt. Bei dem liberalen Diner waren seitens der Regierung der Unterstaats-Sekretär im Kriegsministerium, Marquis v. Lansdowne, und der Attorney-General Henry James zugegen. Ersterer äußerte sich in Beantwortung des Toastes auf die Minister sehr hoffnungsvoll über den Afrikakrieg, während letzterer in witziger Weise der Torgpartei ein wenig zu Leibe ging.

Er beschuldigte sie der Coquetterie und warnte sie vor den Folgen. Sie treibe, meinte er, mit einer großen Menge Interessen ein Liebespiel und mache zu große Versprechungen, z. B. den Schenkenbesitzern. Man habe die Partei auch Arm in Arm mit jenen Damen gehen sehen, die das weibliche Stimmrecht bestritten. Sie coquettire auch mit jenen Königsstallpolisten, die für confessionelle Erziehung seien, sowie mit den Offizieren der Armee, die den Stellenlauf wieder eingeführt sehen wollen. Nehme man an, daß ihre Hoffnungen realisiert werden und daß man in kurzer Zeit ihre Adresse an Nr. 10 Downing-street lesen werde. Aber was werde die Torgpartei antworten, wenn sie um die Erfüllung ihrer so verschwenderisch erteilten Versprechungen angegangen werden wird? Dann, fügte der Redner hinzu, würde sie das Schicksal von Leuten ereilen, die sich nicht durch Grundbesitze leiten ließen, sondern suchten, durch das Bedürfnis des Augenblicks zu leben.

## Spanien.

\* Madrid, 12. November. [Der Vorstand der constitutionellen Partei] versammelte sich gestern unter dem Voritze des Marshalls Serrano und nahm folgende Beschlüsse an: 1) Vor der Hand nicht das monarchische Banner aufzupflanzen; 2) in allen Fällen die Principien der September-Revolution zu wahren; 3) auch fernerhin die Regierung ohne Bedingung zu unterstützen, so lange dieselbe die Grundprincipien der Ordnung und Gesellschaft vertheilt; 4) diejenigen, welche zu dieser Politik nicht ihre Zustimmung geben wollen und dawider handeln, von der Partei auszuschließen; 5) den Marshalls Serrano, Admiral Topete und Herrn Sagasta mit der Leitung der Partei zu betrauen und dieselben zu ermächtigen, den Vorstand, so oft sie es für angezeigt halten, zu Rathe zu ziehen; 6) die Zeitungen „Iberia“, „Gobierno“ und „Prensa“ als die einzigen Organe der Partei zu erklären.

[Aus dem carlistischen Hauptquartier in Estella] vom 10. November wird gemeldet: „König Carl VII. hat gestern Montejuarra und die anderen Positionen des Kampfes vom 7., 8. und 9., sowie die Verwundeten von Barbarin und Trache besucht. Die Verluste der Republikaner an Todten und Verwundeten übersteigen die Zahl 1000. (?) Die Carlisten verloren kaum 100 Verwundete.“



Ueber die Kämpfe im Norden von Spanien wird der „Daily News“ von ihrem Specialberichterstatter in San Sebastian unterm 12. d. telegraphirt: „Der carlistische officielle Bericht über das Gefecht in Miranda sagt, daß die erste Meldung eine Ente war. General Moriones nahm mehrere Positionen, aber die Carlisten sagen, daß sie dieselben später wiedererhielten ohne einen höheren Offizier zu verlieren oder gefangen zu nehmen. Sie trieben die Republikaner am Abend nach Los Arcos in der Absicht, von dem Siege am nächsten Tage Nutzen zu ziehen. Die Republikaner reclamirten den Sieg, indem sie sagen, daß sie in den vorher genannten Positionen blieben. Am Sonntag nahm General Loma's Colonie von San Sebastian aus eine Massen-Recognoscierung vor, und es glückte ihm nach Tolosa zu gelangen, nachdem sie den Carlisten eine starke Position auf den Bergen zur Linken der Straße weggenommen, bei welcher Gelegenheit sie aber 11 Offiziere und 50 Mann an Todten und Verwundeten einbüßten, und einen carlistischen Offizier gefangen nahm. Der Verlust der Carlisten war ebenfalls beträchtlich. Am Dienstag occupirte General Loma die Höhen westlich von Tolosa mit einem Verlust von 7 Todten und Verwundeten. Ich denke, er wird Verstärkungen abwarten, ehe er eine neue Bewegung vornimmt.“

[Aus Bayonne] wird dem Reuter'schen Bureau unterm 12. d. telegraphirt: „Carlistische Berichte melden, daß die Carlisten Pamplona noch immer blockiren und daß Izarraga auf seinem Wege sei zu verstärken in Piorra angekommen sei. Viele der früheren Unteroffiziere des Santa Cruz sind hier angekommen. Che General Loma betrat, fiel er in einen carlistischen Hinterhalt und verlor 33 Mann und 7 Offiziere.“

[Deutschland und die Philippinen.] Vor einigen Tagen meldete der Telegraph von einem Vorfall, der den Spaniern neue Nahrung für ihren thörichtesten Verdacht gegeben hat, daß Deutschland sich der Philippinen bemächtigen wolle. Spanien liegt mit dem Sultan von Sulu (oder Solo, wie der spanische Name für die wegen ihres berühmten Seeraubes berühmte Inselgruppe lautet) in Fehde und hat sein Gebiet in Blockadezustand erklärt. Zwei deutsche Schiffe sollen nun mit Waffenladungen für den Sultan von dem spanischen Kriegsdampfer „Patino“ aufgebracht worden sein, und daraus wurde der Schluß gezogen, daß Deutschland die Seeräuber unterstützen werde, damit diese die Insel Mindanao angreifen könnten. Natürlich würde die deutsche Innercolonie alsdann dort im Trüben fischen. Nun steht die Sache aber so, daß die aufgeführten Schiffe, welche sich in Hongkong festgesetzt hatten, gar nicht deutscher, sondern holländischer Nationalität waren und erst später die deutsche Flagge aufgezogen hatten, und zwar, wie der Berichterstatter sagt, „theils, weil unter deutschen Auspicien die Ladung an Land gebracht werden sollte, theils weil der holländische Gouverneur von Batavia mit unserem General-Captain in Manila sehr freundschaftliche Beziehungen unterhält.“ In den Papieren der beiden Schiffe fanden sich die Beweise, „daß Kanonen und andere Waffen nach Sulu gebracht werden sollten, um den Sultan in Stand zu setzen, zwei kleine Dampfer auszurüsten und die Spanier zu besetzen.“ Weiter sagt der Bericht nun: „Die Schiffe sind für gute Preise erklärt und liegen unter dem Schutze des Forts Cavite; aber in Manila ist keine genügende Streikkraft zur See vorhanden, mit der man den beiden mächtigen preussischen Kriegsschiffen entgegenzutreten könnte, die in der Bucht von Singapur ankeren, aber stündlich hier erwartet werden, um die Zurückführung jener beiden Schiffe zu verlangen. Unsere Bevölkerung ist jedoch spanisch genug, um sich allen in drohendem Tone vorgebrachten Forderungen der Deutschen zu widersetzen. Diese Affaire mit den beiden pseudo-deutschen Schiffen, die jetzt auf Cavite als gute Preise aufgebracht sind, liegt ziemlich ähnlich wie die mit dem „Deerhound“ und dem „Virginia“. Die Spanier werden es schließlich noch mit allen Seefahrt treibenden Nationen verderben.“

## Provincial-Beitung.

Breslau, 18. November. Angekommen: Se. Durchlaucht Herrmann Fürst von Hatzfeld-Schönstein, freier Standesherr aus Wildenburg-Schönstein und Stuhlfürst zu Vedingen, a. Trachenberg. Ihre Excellenz Frau Gräfin v. Malzahn, a. Schloß Müllitz. Graf v. Radolinski, Legationsrath bei der kais. deutschen Gesandtschaft mit Fam. a. Paris. Durchlaucht Fürstin Sulkowska, u. vgl. a. Schloß Neuen. Ihre Durchlaucht Prinzessin Maria von Sachsen-Weimar, a. Weimar. Ihre Durchlaucht Prinzessin Elisabeth von Sachsen-Weimar, dgl. Fr. Gräfin v. Kalkreuth, Hofbame, dgl. Baron v. Jedlitz, Oberhofmeister, dgl. (Jremb.)

[Die Ankunft Sr. k. k. Hoheit des Kronprinzen] ist u. A. auch dem hiesigen Fürstbischöfe, Herrn Dr. Förster, notificirt worden. Derselbe hat sich jedoch nicht veranlaßt gesehen, persönlich seine Aufwartung am Bahnhofe zu machen.

[Geburten und Mortalität.] Im Laufe der letztverfloffenen Woche sind hierorts polizeilich angemeldet worden: als geboren 99 Kinder männlichen und 92 Kinder weiblichen Geschlechts, zusammen 191 Kinder, wovon 31 außerehelich; als gestorben 62 männliche und 50 weibliche, zusammen 112 Personen incl. 9 todtgeborener Kinder.

Δ Schweidnitz, 16. Novbr. [Stadtverordnetenwahl. — Stadthaushalt.] Bei den in der verfloffenen Woche vollzogenen Wahlen der Stadtverordneten war eine sehr rege Theilnehmung der wahlberechtigten Mitglieder der Stadtgemeinde zu bemerken. Es waren im Ganzen 12 Stadtverordnete, also in jeder Abtheilung 4, zu wählen; außerdem war in der ersten Abtheilung noch eine Ergänzungswahl für den Zeitraum der nächsten zwei Jahre vorzunehmen. Von diesen 13 Wahlen sind bei der ersten Abstimmung 10 zum Abschluß gekommen. Es wurden gewählt in der dritten Abtheilung Rathsherr Beyer, Partikulier Jancz, Zimmermeister Urban, Kithograph Käse; in der zweiten Abtheilung Kaufmann Biebert, Gewerbeschullehrer Schert, Kaufmann Kause; in der ersten Justizrath Gröger, Partikulier Mosenberg, Fabrik-Besitzer Freudenberg. — Die drei Wahlen, welche noch nicht zum Abschluß gebracht worden sind, werden in dieser Woche durch das engere scrutinium hoffentlich ihre Erledigung finden. Von vier verschiedenen Seiten waren diesmal Candidatenlisten aufgestellt worden; doch sind in den meisten Fällen die Candidaten, welche der Bürgerverein und eine Anzahl achtbarer Bürger, die sich durch Namensunterzeichnung zur Urheberschaft der Candidatenliste bekamen, empfohlen hatten, durchgebracht worden. — Der Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeinde-Angelegenheiten der Stadt Schweidnitz für das Jahr 1872 ist so eben im Druck erschienen und an die Mitglieder der städtischen Corporationen verteilt worden. In demselben ist das erste Blatt der Erinnerung an den im vorigen Jahre verstorbenen Apotheker Heinrich Sommerbrodtgewidmet, welcher 30 Jahre als Stadtverordneter thätig gewirkt hat. In 22 Abschnitten werden dann die Gemeinde-Angelegenheiten behandelt, während der 23. Abschnitt einen Ueberblick über Einnahme und Ausgabe bei der Stadt-Haupt- resp. Kammerei-Kasse giebt. Aus diesem letzten Abschnitte theilt Referent hier heute einige Notizen mit. Die Einnahmen beliefen sich im verfloffenen Jahre auf 104,287 Thlr. 13 Sgr. 7 Pf. Dazu treten an zurückgezahlte Capitalien u. s. w. 83,560 Thlr. 1 Sgr. 2 Pf., an Rest-Einnahmen aus Vorjahren, an defectirten Einnahmen, an Bestand aus dem Jahre 1871 noch 10,627 Thlr. 5 Sgr. 3 Pf. Somit belief sich der Gesamtbetrag der Einnahmen auf 198,475 Thlr. 20 Sgr. Davon waren am Rechnungs-Schluß 1872 noch nicht eingegangen 1924 Thlr. 3 Sgr. 9 Pf. Es verblieb daher eine Rest-Einnahme von 196,551 Thlr. 16 Sgr. 3 Pf. Die Ausgaben erreichten eine Höhe von 85,716 Thlr. 24 Sgr. 6 Pf. Dazu kamen an neu ausgeliehenen Capitalien Behufs Wiederanlage der von der Hofkassette und anderweitig zurückgezahlte Capitalien, so wie Behufs der Capitalisirung der Einnahmen aus dem Abtriebe des Forts-Districtes „Güttel“ im Bögendorfer Neviere 96,474 Thaler 5 Sgr. 10 Pf., woraus sich die Summe von 182,191 Thlr. 4 Pf. ergab. Werden nun noch die Restausgaben u. s. w. in Betrage von 2116 Thlr. 1 Sgr. 4 Pf. dazu gerechnet und die am Ende

des Jahres noch nicht zur Zahlung gelangten Beträge in Abzug gebracht, so betrug die Rest-Ausgabe 183,772 Thlr. 23 Sgr. 3 Pf. Diese, mit der Rest-Einnahme balancirt, ergibt einen Ueberfluß von 12,778 Thlr. 23 Sgr. — Aus den einzelnen Posten der Einnahme mögen mit Weglassung der Silbergrößen und Pfennige, folgende hervorgehoben werden: beständige Gefälle 715 Thlr., unbeständige Gefälle 1972 Thlr., Bürgerrechtsgelder 1022 Thaler, Zinsen von Activ-Kapitalien 2900 Thaler, Pacht und Mietzins 1846 Thaler, Gerichtsgelder 251 Thaler. Die Ziegelei gewährte keine Ueberflüsse. Dagegen betrugen die Forstüberflüsse 63,203 Thlr., wovon 59,999 Thlr. aus der Bewirthschaftung der Forsten (der erhöhte Betrag aus dem Abtriebe des Forst-Districtes „Güttel“), 3204 aus dem Betriebe der Brettschneidmühle in Leutmannsdorf. Die Communal-Einkommensteuer belief sich auf 16,016 Thlr., die Erträge aus der Mahl- und Schlachtsteuer auf 9613 Thlr. Bei den Ausgaben notiren wir folgende Posten: Besoldungen, Diäten, Prämien, Gratifikationen 14,838 Thaler, zur Unterhaltung der Kirchen, Geistlichen u. s. w. 2016 Thlr., zur Unterhaltung der Schulen und Befolgung der Lehrer 15,815 Thlr., an Pensionen 3,100 Thlr., an Polizei- und anderen Verwaltungskosten 2,783 Thlr., zur Unterhaltung des Marstalls 1,796 Thlr., Feuer-Societäts-Beiträge 524 Thlr., zu Armen- und Wohltätigkeitszwecken 9,253 Thlr., an öffentlichen Stadt-unterkosten 7,097 Thlr., zu Bau- und Reparaturkosten 24,745 Thlr., zu Kreis-Communal-Beiträgen 400 Thlr., an Kaufgeld für erworbene Grundstücke 774 Thlr., an Ausgabe unter dem Titel „Zusammen“ 1,436 Thlr. Die Summe der Activ-Capitalien der Kammereikasse am Ende des Jahres 1872 betrug 132,386 Thlr. 17 Sgr. Wird dazu gerechnet das Umlaufs-Vermögen mit 10,810 Thlr. 20 Sgr. 7 Pf. und der Baarbestand der Kammereikasse mit 12,778 Thlr. 23 Sgr., so ergibt dies die Totalsumme von 155,976 Thlr. 7 Pf. Gegen das vorhergehende Jahr stellt sich eine Vermögens-Vermehrung von 18,424 Thaler 28 Sgr. 9 Pf. heraus. Dieses günstige Resultat ist eine Folge des außerordentlichen Umschlages des Forst-Districtes „Güttel“ im Bögendorfer Neviere, wie bereits oben angedeutet worden.

J. P. Aus der Grafschaft Glatz, 15. November. [Verschiedenes.] Vergangenen Montag Abends 7 Uhr ist in Pommern, Kreis Habelschwerdt, ein äußerst frecher Diebstahl verübt worden. Die Ortsgerichte daselbst hatten in dem Gerichtskreis des Rajetan Franke die Steuern und Renten eingekommen, die empfangenen Gelder in eine braunlederne Tasche mit Messinggeschloß verwahrt und letztere einstecken auf das Fensterbrett gelegt, da sie mit den anwesenden Ortsbewohnern noch über verschiedene andere Gemeindegeld-Angelegenheiten zu verhandeln hatten. Urfänglich wird von Außen das Fenster mit einem starken und ziemlich langen Holzstück eingestochen und die Geldtasche geraubt. Der Gerichtshof Prause greift zwar sofort nach der Tasche, kann sie jedoch nicht mehr erfassen, da ihm das Holzstück so an den Kopf gestoßen wird, daß er zurücktaumelt. Eine sofortige Verfolgung hatte der Thäter durch Verfluß der Hausthür erschwert, ist daher mit seiner Beute in der Dunkelheit entkommen. In der Tasche befanden sich etwa 650 Thaler in Papier- und Silbergeld, darunter eine preussische Banknote à 50 Thlr. mit der Nr. 68770, 5 preuß. Banknoten à 25, 8 à 10 Thlr., 3 Kassenanweisungen à 5 Thlr., 15 à 1 Thlr., 7 ausländische Kassencheine à 10 Thlr. und circa 220 Thlr. in Thalerstücken, außerdem das Gemeinde-Siegel, das Steuer-Duittungsbuch, 5 Invaliden-Duittungsbücher, 3 Erziehungs-Berichte, Steuerliefersettel und ein kleines Buch „Anleitung für den Orts-Steuererheber.“ Zur — Dedung der Kosten des Landarmen-Weisens pro 1873 hat der Kreis Habelschwerdt 769 Thlr. 25 Sgr. und der Kreis Neurode 539 Thlr. 10 1/2 Sgr. aufzubringen. — Durch Finanz-Ministerial-Rescript vom 25. September c. ist die Umwandlung der königlichen Steuer-Receptur zu Reichenstein in ein Neben-Zollamt II. Klasse vom 1. d. Mts. ab angeordnet worden. Der haussirte Weg von der Landesgrenze über Weißwasser am Ralsen zum „Segen Gottes“ und am Schloßhause vorüber bildet die Zollstraße zum gedachten Neben-Zollamt. — Die in Glatz wöchentlich zweimal erscheinende „Neue Gebirgs-Zeitung“ des Herrn Ulbrich wurde seither in der Offizin von L. Schirmer gedruckt. Herr Ulbrich hat sich jedoch genöthigt gesehen, für sein Blatt eine eigene Druckerei mit Schnellpresse zu errichten. Schon die nächste Nummer wird aus derselben hervorgehen. So sehr nun auch die Ultramontanen gegen diese entschieden freimüthige Zeitung machiniren, sogar von der Kanzel herab gegen dieselben predigen und eifern und einen Voten nach dem andern mit Drohungen verschiedener Art an den Eigentümern abgeben: — ebenso wenig läßt sich Letzterer einschüchtern und eben so wenig hat das ganze Glatz und Intriguen seinem Blatte geschadet; im Gegentheil, die Abonnenten mehren sich mit jeder Nummer. Die „Neue Gebirgs-Zeitung“ zählt bereits nahe an 5000 Abonnenten.

○ Zmiekin (Kr. Pleß), 17. Nov. Auch hier hat die böse Cholera durch fast 6 Wochen geherrschet; von den 161 daran Erkrankten sind 48 gestorben, 113 genesen. Daß so viele genesen, ist dem sofortigen energischen Einschreiten der Kreis-Sanitätsbehörde, dem behandelnden Arzt Herrn Dr. v. Szarzynski aus Myslowitz und der ausdauernden Pflege dreier barmherzigen Schwestern zu danken. Arzt wie Letztere haben bei dem Indifferentismus oder der Nothheit in vielen Familien oft niedere Dienste verrichtet. Der Dinger bis an die Hausthürschwelle, Stübben mit Lehmfußboden, die kaum den Namen werth und zugleich Viehstall sind, — so wohnen immer noch Familien zu 6 und mehr Köpfen stark. — Leider haben aber viele Ortsbewohner die Anordnungen der Behörden und des Arztes nicht befolgt und sind zur Bestrafung angezeigt; Andere belohnten das Empfangene und Erreichte mit Schimpf und Schmähen. Selbst die so geduligten Pflege-schwestern sprachen sich einige Male über das Benehmen hiesiger Leute mißbilligend aus.

○ Beuthen O., 17. November. [Kronprinz.] Auf der Durchreise nach dem kaiserlichen Jagdschloß Brannitz langte Se. k. Hoheit der Kronprinz gestern Abend 8 1/2 Uhr auf dem hiesigen Bahnhofe an. Es war ursprünglich nur ein Aufenthalt von 3 Minuten intendirt, der Kronprinz verweilte jedoch gegen 20 Minuten, ließ sich die erschienenen Vertreter der Behörden vorstellen und richtete an mehrere Herren in leutseliger Weise Fragen über Personal- und Sachverhältnisse. Der hiesige und königshütter Kriegerverein waren auch erschienen und ertheilten sich mehrfacher Auszeichnungen. Nicht unwahrscheinlich ist es, daß der Kronprinz am 19. d. Mts. die Rücktour über Beuthen und hier selbst einen längeren Aufenthalt nimmt, um der ergangenen Einladung nachzukommen, der Enthüllung des auf dem hiesigen Ringe errichteten Kriegerdenkmals beizuwohnen.

## Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

November 17. 18.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Lufstdruck bei 0° .....	333 <sup>3</sup> / <sub>10</sub> , 67	332 <sup>3</sup> / <sub>10</sub> , 65	331 <sup>3</sup> / <sub>10</sub> , 93
Luftwärme .....	+ 29,5	+ 29,9	+ 29,3
Dunstdruck .....	2 <sup>3</sup> / <sub>10</sub> , 39	2 <sup>3</sup> / <sub>10</sub> , 06	2 <sup>3</sup> / <sub>10</sub> , 14
Dunstfättigung .....	96 pCt.	80 pCt.	87 pCt.
Wind .....	W. 2	W. 2	W. 2
Wetter .....	bedeckt.	trübe.	trübe.

Breslau, 18. Nov. [Wasserstand.] D.-P. 4 M. 28 Cm. U.-P. — M. — Cnr

Berlin, 17. November. Der gestrige Privatverkehr war ziemlich fest und belebt, ermattete aber nach 1 Uhr etwas. Credit 128—127 1/2—127 1/2 bez., Lombarden 95 1/2—96 1/2 bez., Franzosen 188—187 1/2—7, bez. u. Gd., Silberrente 64 bez. ultimo, Papierrente 59 1/2 bez. ult., Wien, kurz, 88 bez., Türken 43 1/2—44 1/2 bez., Italiener 57 bez., Galizier 91 bez., Rheinwider 135 1/2 bez., Köln 144 1/2 bez. u. Br., Bergische 104 1/2 bez., Disconto 170 bis 171—69 1/2—71 bez., Darmstadt 149 bez., Deutsche Union 70 1/2 bez. u. Gd., Laura 161—162—161 1/2 bez., Dortmund 87—86 1/2—87 1/2 bez.

Die Tendenz der heutigen Börse gerirte sich im Laufe des Verkehrs als weniger fest, die Geschäftstätigkeit ließ nach und in Folge dessen behaupteten sich auch die Course mehrfach nicht in voller Höhe. Bestimmte Motive, die für die nach und nach sich abwickelnde Haltung hätten verantwortlich gemacht werden können, lagen nicht vor. Der Geldmarkt, wenig frequentirt, zeigte die bisherige Abundanz und der Discontofuß hält sich im offenen Markte unverändert auf 4 Procent. Die von Wien eintreffenden Depeschen lauteten Anfangs recht günstig, später Meldungen constatirten aber auch dort eine Abminderung und sah unsere Börse hierin eine Veranlassung, in abwartender Haltung zu verharren, obwohl die Wiener Depeschen Realisationsverkäufe als Grund der Abminderung angaben. Die internationalen Speculations-Effekten setzten heute im ungefähren Cours-Niveau der Schluß-Notirungen vom Sonnabend ein und hielten sich, einige Schwankungen abgerechnet, auch in dieser Höhe. Der Umlauf in diesen Werthen war sehr beschränkt. Desterreich. Nebenbancan bewahrten eine sehr feste Haltung, Galizier und Desterreichische Nordwestbahn gubauptet, aber weniger im Verkehr, Elisabeth und besonders Elbthalbahn sehr begehrt und höher. In auswärtigen Fonds zeigte sich das Geschäft träge und schwerfällig, meist blieben die Notirungen unverändert. Dester. Renten behauptet, Französische Rente zu getriger Notiz, Türken und Italiener nachgebend, Amerikaner ruhig. Russ. Werthe fest und nur Rfd. Sterl.-Anleihen in größerem Umlauf. Preuss. Fonds behaupteten gute Festigkeit, waren aber nur wenig belebt. Deutsche Fonds wurden häufig umgefest. Preuss.

Prioritäten fest, aber wenig beachtet. Dester. still, dagegen garantierte ungarijche Priorit. wie Nordost, Kaschau und Ostbahn, beliebt, Russische zum Theil höher. Auf dem Eisenbahnenmarkt dauerte Geschäftstille an. Anfangs zeigte sich die Stimmung ziemlich fest, doch trat gegen den Schluß eine matte Haltung auf. Hamburger wiederum niedriger, Potsdamer u. Anhalter höher. Bahnanactien auf Prämie offerirt. Bantactien sehr ruhig; die beliebtesten Devien zogen im Course an. Discont.-Command. per Cassa 174 1/2, per ultimo ungefähr 169 à 171, Provinzialdisconto per Cassa 98 1/2, Berliner Bank, Centralbank für Bauten, Spriabank und Berliner Wechsel-Bank beachtet, Centralbank für Industrie weicher. Industrie-Papiere in ruhigem Verkehre. Brauereiacien sehr fest, Nürnberger gefragt, Friedrichshain ohne Abgeber. Pferdebahn steigend, Plehner beliebt, Immobilien behauptet. Für Hochbahn lagen trotz steigenden Courses viel Kaufordere vor, auch Durer Kohlen und Consolidirte Marie beliebt. Dortmund Union per ultimo 87 1/2—85 1/2—86, Laura per ultimo 160—158 1/2—160. (Bank- u. S.-Z.)

[Magdeburger Wechsel- und Disconto-Bank.] Wie verlautet, ist dem Aufsichtsrath neuerdings wieder ein Antrag auf Reduction des Actien-Capitals auf 800,000 Thlr. eingereicht worden. Voraussichtlich wird noch im Laufe dieses Jahres eine General-Versammlung einberufen werden, welche über diesen Gegenstand Beschluß fassen soll.

Posen, 15. November. [Wochenbericht.] Das Wetter ist in dieser Woche vollständig winterlich geworden; in den ersten Tagen war es rau und kalt, gegen Schluß der Woche stellte sich Frost ein und hatten wir bereits 4—5 Grad Kälte. Unsere Landwirthe in der Provinz, welche mit der Feldarbeit nun vollständig fertig sind, fangen bereits zu dreschen an, wozu der eingetretene Frost förderlich ist. An den auswärtigen tonangebenden Märkten herrschte in dieser Woche ein recht fester Ton. England bleibt für Weizen und Mehl fest und besserte sich auch im Preise. Die französischen Märkte verfolgten eine langsam steigende Richtung. Belgien war mit Roggen fest. Weizen behauptete sich voll im Werthe. Holland meldete etwas bessere Preise. Der Rhein, Süddeutschland, Sachsen und Schlesien zeigten guten Bedarf und sind die Zufuhren in diesen Gegenden vorläufig noch schwach. Berlin und Stettin meldeten Anfangs der Woche etwas niedrige Preise; im Verlauf der Woche wurde die Stimmung durch stark hervortretende Exportfrage recht fest, so daß Preise merklich höher schliehen. Eine seltene Erscheinung bleibt es, daß wir trotz der guten Ernte eine anhaltende schwache Getreidezufuhr haben und so bestanden Angebote auch in dieser Woche aus kleinen Parthien, welche ausschließlich aus zweiter Hand herrührten. Auch mit den Bahnen von der Bromberger und Thornener Gegend wurden nur unbedeutende Posten zugeführt. Im dieswöchentlichen Geschäftsverkehre zeigte sich eine gute Nachfrage für alle Cerealien. Zum Bahnerhand bleibt die Nachfrage nach wie vor äußerst reg; jedoch würde der Umlauf noch größer gewesen sein, wenn es nicht an feinen Qualitäten mangelte. Mit den Bahnen wurden vom 8. bis 14. November verladen: 320 Wpl. Weizen, 478 Wpl. Roggen, 68 Wpl. Gerste, 11 Wpl. Erbsen und 34 Wpl. Buchweizen. — Weizen waren in feiner Waare begehrt und brachte auch höhere Preise, wofingegen mittlere Qualitäten, welche zum Bahnerhand nach Sachien gekauft wurden, nur den vorwöchentlichen Stand behaupteten. Die Notiz dafür ist 85—98 Thlr. p. 1050 Kilo. Für Roggen herrschte eine äußerst rege Nachfrage zum Export nach der Ostsee, Böhmen und Sachsen und fanden auch Offerten bei höher gestellten Forderungen schlankes Unterkommen. Man zahlte je nach Qualität von 68—74 Thlr. per 1000 Kilo. Gerste brachte zu Veranlassung besserer Preise; ebenso kauften hiesige Brauer ziemlich stark. Zu notiren ist kleine und große von 56—59 Thlr., hochfeine bis 60 Thlr. per 925 Kilo. Hafer wurde äußerst spärlich zugeführt und mußte besser bezahlt werden. Man zahlte für mittel 34 1/2—36, feiner bis 38 Thlr. per 625 Kilo. Buchweizen allein war stark offerirt und verlor erheblich im Preise, 56—58 Thlr. per 875 Kilo. Erbsen waren gut zu placiren. Futtermare 63—66 Thlr. Roghmaare 70—75 Thlr. per 1125 Kilo. Deljaaten in Folge höherer Delpreise etwas besser bezahlt. Winter-rüben 76—78 Thlr. Winterraps 77—79 Thlr. Dotter 74—78 Thlr. Leinfaat 75—80 Thlr. Alles per 1000 Kilo. Mehl stellte sich wiederum etwas höher, Weizenmehl Nr. 0 und 1, 7 1/2—7 3/4 Thlr., Roggenmehl Nr. 0 und 1, 5 1/2—5 3/4 Thlr. per 50 Kilo unterfeuert.

Börse. Roggen. Die Situation des hiesigen Roggenmarktes hat in dieser Woche noch mehr an Festigkeit gewonnen, so daß die auswärtigen Fluctuationen ohne jeden Einfluß blieben. Es stellt sich jetzt deutlich heraus, daß unser Platz in diesem Jahr eine selbstständige Haltung beibehalten wird, da die Exportfrage eine anhaltende bleibt und wir mit Berlin nach allen Gegenden hin mit Waare concurriren können. Für sämtliche Termine entwickelte sich eine äußerst lebhafter Kauflust, dem gegenüber nur wenige Abgeber vorhanden waren. Für schlesische Rechnung wurden von Commisshäusern Frühjahr und Mai-Zuni ziemlich stark gekauft. Im Allgemeinen war das Geschäft von ziemlich starkem Umlaufe. Für den laufenden Termin scheint noch ein bedeutendes Decouvert vorhanden zu sein und trafen auch dafür starke Dedungen auf. Allem Anscheine nach wird dieser Termin noch eine Rolle spielen und würde es rathsam sein, wenn die Waare russischen Roggen, der jetzt Rechnung giebt, heranzuführen, um das Engagement dadurch zu erledigen. Die kleinen angekündigten Posten, welche ausschließlich aus russischer Waare bestanden, fanden ohne Circulation sofortige Aufnahme. Man zahlte per November 65—64 1/2—66—67 1/2, November-December 64 1/2 bis 63 1/2—65—65 1/2, December-Januar 63 1/2—63—64—65 1/2, Januar-Februar dfo. Frühjahr und April-Mai 63—62—63—64 1/2, Mai-Zuni 62 1/2 bis 61 1/2—63—63 1/2 Thlr. per 1000 Kilo.

Spiritus. Nach der vorwöchentlichen Flaue, welche den hiesigen Spiritusmarkt beherrschte, trat Anfangs der Woche eine vorübergehende Festigkeit ein, die lediglich durch vorgenommene Deckungskäufe von Seiten einiger Speculanten herrührte. Im weiteren Verlauf kam wieder eine durchgreifende Flaue zur Geltung und zeigten sich auch viele Abgeber in dem Markt. Wenn man die gute Kartoffelernte in unserer Provinz in Betracht zieht, so ist es erklärlich, daß jede feste Tendenz schwinden muß und man nur auf einen weiteren Rückgang der Preise rechnen kann. Unsere Brennereien, welche im vollen Betriebe sind und die Preise für hoch halten, zogen in dieser Woche bedeutende Zufuhren herbei. Waare findet nicht mehr so schlankes Unterkommen als früher. Der Export reducirte sich wesentlich und decken auch die hiesigen Spiritfabriken vorläufig den notwendigen Bedarf, da der Spiritus nur schwach ist. Der Markt schließt in matter Haltung. Ankündigungen fehlten fast gänzlich. Man zahlte per November 19 1/2—19 bis 19 1/2, December und Januar 19 1/2—19 1/2—19 1/4, Februar 19 1/2—19 1/2 bis 19 1/2, April-Mai 19 1/2—19—19 1/2—19 1/2, Mai—20 1/2—19 1/2—19 1/2, Juni 20 1/2—20 1/2 Thlr. Literprocent.

W. Frankfurt a. M., den 15. November. [Wochenbericht.] Der Beginn der abgelaufenen Berichtsperiode gestaltete sich freundlicher, als man in der Vorwoche erwarten konnte, da der ersehnte Ausweis der preussischen Bank die Befürchtungen einer Discontorerhöhung schwinden ließ und aus Wien neben höheren Coursen, Berichte vorlagen, welche zu einer Besserung der dortigen Verhältnisse Vertrauen erweckten. Nach beendeter Liquidation, welche glatt von Statten ging, — waren es Londoner Nachrichten, welche eine Beseitigung der Haupt Schwierigkeiten der amerikanischen Handelskrisis daselbst meldeten und der Börse neuen Muth gaben, die betretene Bahn nach auswärts fortzusetzen. — Nachdem auch Berlin sich der allgemeinen Strömung angeschlossen, und die noch hin und wieder einlaufenden Fallimentsnachrichten aus der Provinz nachhaltigen Eindruck dort nicht mehr zu äußern vermochten, gelangte die steigende Richtung auf der ganzen Linie zum Durchbruch.

Das Geschäft hat am Schluß der Woche wieder nachgelassen, die schwächeren Course von London ließen abermalige Hemmnisse vermuthen und dürfte Disconto-Herabsetzung daselbst, welche man als bereits in Aussicht stehend meldete, doch noch nicht so rasch zu erwarten sein, während die Frage einer Disconto-Erhöhung in Berlin neuerdings herantritt. — Ungeachtet dessen haben wir von großer Festigkeit, welche in letzter Stunde von Berlin ausgehend für eine bedeutenden Coursebesserung der leitenden Speculationspapiere führte, zu berichten und scheint diese Stimmung auch die leitende bleiben zu wollen.

Credit-Actien, im Vordergrunde des dieswöchentlichen Verkehrs, waren bedeutenden Coursechwankungen unterworfen. Nach 207 der Vorwoche à 210 1/2 eröffnend, verkehrten dieselben zu 214, 211 1/2, 223 1/2 und 219 fl. schlossen 225. — Desterreichische Nationalbank-Actien sind 972 gegen 940. Darmstädter 370 1/2 gegen 355 1/2. Meiningen 109 1/2 gegen 104 1/2.

Jüngere Banctactien theilweise beträchtlich höher. Desterreichisch-Deutsche bei 87 1/2, um 5 1/2 pCt., Frankfurter Bankverein bei 90 1/4, um 5 1/2 pCt., Deutsche Vereinsbank bei 97 1/2, um 4 1/2 pCt., Deutsche Effecten- und Wechselbank bei 116, um 4 1/2 pCt. Frankfurter Wechselbank bei 76 1/2, um 1/2 pCt., Provinzial-Disconto bei 95 1/2, um 6 1/2 pCt.

Bei den Bahnen standen Staatsbahn-Actien an der Spitze; von 326 bis 329 steigend, mußten dieselben, in Folge der Windernehmungen, ihren Cours bis 322 1/2 zurückziehen, sind am Wochen-Schluß indeß wieder 330. Lombarden blieben 169, gegen 158 1/2, Alfeld-Sümanaler bei 147 1/2, um 1 fl. höher. Buchleitzader Lit. B. bei 189 1/2 um 2 fl., Elisabeth bei 221 1/2 um 6 fl., Franz Josephs-Actien bei 215 1/2 um 4 fl., Galizier bei 211 um 8 1/2 fl., Nordwest bei 198 1/2 um 6 1/2 fl., Rubolz-Actien bei 162 1/2 um 2 1/2 fl.,



